Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badnerland. 1951-1952
1951

20 (24.11.1951)

Visual Library

BADNERLAND

HEIMATZEITUNG FÜR DAS LAND BADEN

Nr. 20 KARLSRUHE, 24. November 1951

Stuttgart benachteiligt Nordbaden

Mannheims Zukunft

Verdummungs-Methoden der Südweststaatler. — Zahlen, die Stuttgart verschweigt

Nordbadens Bevölkerung wird in diesen Wochen vor der Entscheidung um das Schicksal der badischen Heimat fast täglich im Auftrag der Stuttgarter Südweststaatregierung „aufgeklärt", daß die goldenen Zeiten für Industrie, Handel und Gewerbe in Nordbaden nur dann kommen, wenn die Bevölkerung für den Südweststaat eintritt. Man prophezeit fälschlicherweise eine wirtschaftliche Katastrophe, wenn sich Nordbaden für die Wiederherstellung des Landes Baden entscheidet.

Staunend fragt nun der „kleine Mann der Straße", warum man in den fünf Jahren „Kleiner Südweststaat" von all' den guten Absichten und Segnungen der Stuttgarter Regierung recht wenig gemerkt hat und nun zwar mit unkontrollierbaren Zahlen herumwirft, aber das Volk beispielsweise nicht über die verlorenen 8 Millionen Kredite an Willi Bürkle aufklärt.

In Heidelberg erinnert man sich noch ganz gut, wie die Arbeiten für den Neubau des Heidelberger Hauptbahnhofes vor wenigen Monaten vor der Einstellung standen, weil man in Stuttgart keine Mittel mehr zur Verfügung hatte. Erst der Lärm in der Öffentlichkeit zwang die Stuttgarter Südweststaatregierung zur Einstellung von Überbrückungsmitteln. In Pforzheim kennt man die stiefmütterliche Behandlung auf verkehrspolitischem Gebiet und daran ändert auch nichts eine Besichtigungsfahrt des Stuttgarter Landtags und die vagen Versprechungen auf Elektrifizierung der Strecke Mühlacker—Karlsruhe.

Wie Mannheim getäuscht wird

Kein Mensch wird bestreiten wollen, daß die Stadt Mannheim ausschließlich im Staatsverband Baden die große Bedeutung als Industrie- und Hafenstadt gewonnen hat. Das badische Volk und seine Volksvertretung waren immer stolz auf Mannheim als Industriezentrum Badens und die badische Regierung hatte stets ein williges Ohr für die Wünsche der Stadt Mannheim, dessen Förderung ihr mehr als über ein Jahrhundert am Herzen lag. Warum soll das auf einmal anders sein? Warum soll das Schicksal von Mannheim auf einmal nur vom problematischen Südweststaat abhängen? Das ist für den normalen Menschenverstand nicht recht begreiflich.

Wenn nun der Oberbürgermeister von Mannheim, Dr. Heimerich, den Mut aufbringt, zu erklären, daß die Hafenbauten, sowie der evtl. Bau eines neuen Theaters und anderer öffentlicher Gebäude in Mannheim nicht verwirklicht werden könnten, wenn das Land Baden wieder komme, so ist das nicht nur eine Unverfrorenheit, sondern eine Unwahrheit.

Die Mannheimer Bevölkerung soll, das merkt der Dümmste, durch amtliche Stellen getäuscht werden, weil man merkt, daß in Mannheim die Stimmung immer mehr zu Gunsten Badens umschlägt, da die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung einsieht, daß von der Stuttgarter „Südweststaatregierung" außer Versprechungen nichts zu erwarten ist.

Es ist doch ganz klar — jeder Hafenarbeiter kann das dem Oberbürgermeister Dr. Heimerich sagen — daß der Mannheimer Hafen als Umschlageplatz in einem Südweststaat stirbt. Das haben die Fachleute schon oft genug gesagt, denn Württemberg braucht alle Mittel für den Ausbau des Neckarkanals und das sind 200 Millionen DM. Wie der Oberbürgermeister von Mannheim sich hinstellen und einen Südweststaat propagieren kann, das ist für den gesunden Menschenverstand unfaßbar und bleibt auch für die Mannheimer Bevölkerung unbegreiflich, die den Aufschwung ihrer Heimatstadt in einem badischen Staat miterlebt hat.



Dr. Heimerich verschweigt die eigentliche drohende Gefahr

Oberbürgermeister Dr. Heimerich operiert mit dem Schreckgespenst „Baden", das beweist, daß seine Siegeszuversicht für einen Südweststaat, den er so sehnsüchtig herbeisehnt, von Tag zu Tag mehr schwindet.

Die eigentliche drohende Gefahr für Mannheim und seinen Hafen, nämlich die in einem Südweststaat einseitige Vorzugsbehandlung des Rhein-Neckar-Kanals und seiner württembergischen Häfen auf Kosten Mannheims, verschweigt natürlich Herr Oberbürgermeister Dr. Heimerich.

Staatspräsident Wohleb erklärte zu diesen Irreführungen des Mannheimer Oberbürgermeisters ganz eindeutig:

„Nur ein wiederhergestelltes Land Baden wird sich schützend vor Mannheim und seinen Rheinhafen stellen und für die richtige Entwicklung dieser Stadt sorgen!"

Die unfairen Wahlmanöver des Herrn Dr. Unser

Je näher der 9. Dezember heranrückt, desto mehr sieht die Stuttgarter Südweststaatregierung die Felle für ihre Machtpläne davonschwimmen. Seit der unerhörten Regierungserklärung des stellvertretenden Ministerpräsidenten Veit im Stuttgarter Landtag ist Nordbadens Bevölkerung aufgerüttelt worden durch die empörenden Beleidigungen des gesamtbadischen Volkes und man weiß in Stuttgart sehr wohl, daß Nordbaden am 9. Dezember den Südweststaatlern eine vernichtende Antwort geben wird.

Der gesamte Staatsapparat des „Kleinen Südweststaates" läuft in diesen Wochen auf Hochtouren für die Ziele der Stuttgarter Machthaber, und daß man in den Propagandamethoden nicht wählerisch ist, das konnte jeder in den letzten Wochen feststellen.

In Mannheim hat nun Nordbadens höchster Beamter, Landesbezirkspräsident Dr. Unser, dessen einzige Arbeit in den letzten Monaten nur in der Propaganda für den Südweststaat bestand, die Drohung ausgesprochen, daß sämtliche einmaligen Ausgaben im nordbadischen Haushalt sofort gesperrt würden, wenn Baden siegen sollte. Man arbeitet also mit Zuckerbrot und Peitsche, je nach Bedarf. Höher geht es nicht mehr in der Verdrehung der Tatsachen und der Verdummung der badischen Bevölkerung. Man könnte annehmen, daß überhaupt erst mit der von der Besatzungsmacht gewünschten Schaffung des Landes Württemberg-Baden die Existenzmöglichkeit für Nordbaden geschaffen worden sei. Die Südweststaatler — man findet ja unter ihnen sehr viel Landfremde, die die größten Schreier sind — wissen scheinbar nichts von der 150 Jahre alten Existenz des Landes Baden, das Mannheim, Heidelberg und Pforzheim groß gemacht hat.

Fortsetzung Seite 2

Großes Weihnachts-Preisrätsel im „Kleinen Südweststaat"



Bürkle — 8 Millionen DM | Mannheimer „Tonfilm-Studio" : 420 000 DM | Peng — — — !!!! | Preisfrage: Wer soll das bezahlen??

BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Badische Beamte in Stuttgart nicht gefragt!

Kleines Kapitel zum Thema: Der Südweststaat wird schwäbisch regiert

Wer nicht weiß, daß die Stuttgarter Südweststaatregierung schon seit langem ihre Maßnahmen dem Gesichtspunkt propagandistischer Abstimmungszweckmäßigkeiten unterordnet, könnte versucht sein zu glauben, daß es außer ihr noch schlechte Regierungen — seien sie in Freiburg oder München oder in Bonn oder anderswo — gibt. Selbstverständlich hat auch nur sie ein Herz für die Beamten und sonstigen Staatsbediensteten, während alle anderen Regierungen die Fürsorgepflichten ihren Beamten gegenüber gröblich verletzen. Nicht ohne — recht durchsichtige — Absicht versucht neuerdings die Stuttgarter Regierung wieder, auch die Staatsbediensteten in Nord- und Südbaden davon zu überzeugen, daß auch für sie das Heil allein aus Stuttgart komme.

Sie übersieht dabei allerdings eine nicht ganz unwesentliche Tatsache, die genau das Gegenteil beweist. Seitdem nämlich der „kleine Südweststaat" besteht — und das sind nun schon immerhin 6 Jahre — ist es nur einer ganz verschwindend kleiner Zahl badischer Beamter gelungen, bei den Stuttgarter Zentralstellen Verwendung zu finden. Diese Feststellung gilt für den ganzen Bereich der Stuttgarter Zentralbürokratie, vom Ministerialdirektor bis hinunter zum Hausmeister. Zur Illustration dessen wollen wir nur die Region der höchsten Beamtenstellen herausgreifen:

Ministerialdirektoren
8 Stellen, darunter 0 Badner,

Ministerialräte
44 Stellen, darunter 2 Badner,

Regierungsdirektoren
35 Stellen, darunter 1 Badner.

Von 87 Beamtenstellen sind nur 3 mit Badnern besetzt! In den „unteren Regionen" ist überhaupt kein Badner.

Diesen Feststellungen ist wohl kaum ein Kommentar hinzuzufügen; sie sprechen für sich selbst! Für die badischen Staatsbediensteten ist „im kleinen Südweststaat" kein Platz. Im großen Südweststaat, in dem man die zarten Rücksichten auf die „badischen Empfindlichkeiten" nicht mehr nehmen müßte, wäre erst recht kein Platz für sie. Höchstens vielleicht für die wenigen, die glauben, sich durch Servilität und Gesinnungslosigkeit einen Wechsel auf eine spätere Anstellung in der Stuttgarter Regierungszentrale ausstellen lassen zu sollen. Ob dieser Wechsel eingelöst wird?

Stuttgart benachteiligt Nordbaden

Die gewiß in diesen Dingen unverdächtige „AZ" vom 11. 11. berichtet, daß durch die Verdrängung aus den Kasernen in Nordwürttemberg rund 9000 und in Nordbaden rund 14000 DP's anderweitig unterzubringen seien. Der Bund hat zur Finanzierung der benötigten Ersatzwohnungen eine erste Rate von 15 Millionen DM an Württemberg-Baden geleistet. Man sollte doch nun annehmen, daß Nordbaden mit seinen rund 5000 DP's mehr als Nordwürttemberg, auch von vornherein mit Ersatzwohnungen entsprechend mehr berücksichtigt würde. Dem ist aber nicht so: Nordbaden darf davon nur 236 Wohneinheiten bauen, während Nordwürttemberg über 546 erstellen kann. Also Nordwürttemberg baut mehr als das Doppelte an Ersatzwohnungen gegenüber Nordbaden, das dafür mehr als die Hälfte an DP's gegenüber Nordwürttemberg auf dem Halse hat. „Wirtschafts- und Sozialpolitik des kleinen Südweststaates!"

Nordbadener, gebt die Antwort: Stimmt am 9. Dezember für die Wiederherstellung Badens, damit wir künftig eine vernünftige badische Wirtschafts- und Sozialpolitik ohne Vormachtstellung Stuttgarts durchführen können!

Die Stimmung für Baden im Landkreis Sinsheim

Aus Walbstadt wird uns geschrieben:

„Im gesamten Kraichgau kann man ein erheblich größeres Interesse an der bevorstehenden Abstimmung feststellen, als im vergangenen Jahr. Im Landkreis Sinsheim sind am 24. September 1950 nur 56,3 % zur Wahlurne gegangen. Die das badische Volk beschimpfende Südweststaaterklärung des stellvertretenden Ministerpräsidenten hat den Anhängern für die Wiederherstellung des Landes Baden viel Auftrieb gegeben.

Bei einer Fahrt durch den Kraichgau ist in Gesprächen in den einzelnen Orten des Landkreises Sinsheim ersichtlich, daß gegenüber der Abstimmung im vergangenen Jahr in zahlreichen Ortschaften ein Umschwung zugunsten der Wiederherstellung des alten Landes Baden eingetreten ist.

Walbstadt hat schon im vergangenen Jahr eine überwiegende Mehrheit an Stimmen für Baden aufgebracht und viele Orte, die durch Beeinflussung in den Grenzgebieten zwischen Baden und Württemberg für den Südweststaat gestimmt haben, neigen heute bei der Endabstimmung, stark beeindruckt durch mancherlei Vorkommnisse im „Kleinen Südweststaat", für Baden. Vor allem glaubt man, daß die Wahlbeteiligung am 9. Dezember erheblich größer sein wird als im Jahre 1950.

Alles schon ausverkauft!

Landesbezirkspräsident Dr. Unser hat am 12. 4. 51 an den Finanzminister Dr. Frank in Stuttgart folgendes Schreiben gerichtet:

Sehr geehrter Herr Finanzminister!

Oberfinanzpräsident Dr. Strobel hat mich heute aufgesucht, um sich zu verabschieden. Bei dieser Gelegenheit habe ich mit ihm die Frage der Besetzung der hiesigen Stelle besprochen und dabei auch die Möglichkeit erörtert, ob Herr Strobel nicht die Leitung der Finanzdirektion Stuttgart und Karlsruhe in Personalunion versehen könne. Ich habe im Hinblick auf die doch in Kürze bevorstehende staatsrechtliche Änderung im Südwestraum Bedenken gegen eine Ernennung eines Finanzpräsidenten für Karlsruhe. Es müßte sich m. E. in einem Südweststaat ermöglichen lassen, für den ganzen Staat eine einzige Oberfinanzdirektion zu schaffen. Wie ich aus der Zusammenstellung der Oberfinanzdirektionen im Bundesgebiet ersehe, ist z. B. die Oberfinanzdirektion Münster für ein Gebiet mit 6 431 400 Einwohner tätig. Ungefähr die gleiche Einwohnerzahl würde der Südweststaat aufweisen.
Ich habe dabei den Gedanken, daß die Oberfinanzdirektion in diesem Falle in Karlsruhe errichtet werden könnte. Es besteht wohl keine unbedingte Notwendigkeit, diese Mittelbehörde am Sitz der Landesregierung zu unterhalten. Das Land Nordrhein-Westfalen besitzt z. B. drei Oberfinanzdirektionen, und zwar in Münster, Düsseldorf und Köln. Ähnlich liegen die Verhältnisse in Bayern.
Die Neubesetzung der Stelle des Finanzpräsidenten in Karlsruhe wird begreiflicherweise eine Zusammenlegung nur erschweren. Ich wäre daher dankbar, wenn Sie die oben angegebene Lösungsmöglichkeit einer Prüfung unterziehen würden.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Ihr sehr ergebener
gez. Dr. Unser

Man beachte den Text genau! Es geht daraus folgendes klar hervor:

1. Dr. Unser ist bereit, auf eine eigene nordbadische Finanzdirektion zu verzichten. Die bei unseren Gewerbetreibenden so beliebten Betriebsprüfungen werden dann künftig von Stuttgart angeordnet, „damit die nordbadischen Defizits in Wegfall kommen". Unsere Gewerbetreibenden können sich freuen auf den Südweststaat!
2. Dr. Unser ist damit einverstanden, daß ein Schwabe Leiter der gesamten Oberfinanzdirektion wird! Was interessieren ihn auch schließlich die badischen Landeskinder!
3. Dr. Unser „hat den Gedanken", den Dienstsitz der Oberfinanzdirektion nach Karlsruhe zu verlegen. Es bestehe keine „unbedingte" Notwendigkeit, die Oberfinanzdirektion in Stuttgart zu errichten. Vorsichtiger hat man es bestimmt nicht mehr ausdrücken können. In der Praxis heißt das: Liebe Schwaben, nehmt die Oberfinanzdirektion, besetzt sie mit Euren Knäblein und zieht uns das Fell über die Ohren.

Aber noch immer gibt es in Karlsruhe, Mannheim, Heidelberg, Freiburg und Konstanz Gewerbetreibende, die den „Südweststaat" wollen, weil sie sich allerhand davon versprochen hatten. Bis sie ihre Wünsche anmelden, hat der „liebe nordbadische Landesvater" alles ausverkauft!

Fortsetzung von Seite 1

„Musterbeispiel eines Erpressungsversuches"

Staatspräsident Wohleb hat dem nordbadischen Landesbezirkspräsidenten die richtige Antwort erteilt, indem er zu den Äußerungen von Nordbadens höchstem Beamten folgende Erklärung abgab:

„Die Anordnung des Landesbezirkspräsidenten Dr. Unser steht in krassem Widerspruch zu § 16 des Gesetzes über die Neugliederung in den Ländern Baden, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern. Dieser § 16 besagt, daß die beteiligten Länder verpflichtet sind, vom Tage der Volksabstimmung an alle Maßnahmen zu unterlassen, welche die bestehende Verwaltungsorganisation oder den Besitz- und Vermögensstand des Landes erheblich ändern, nachhaltige finanzielle Verpflichtungen des neuen Bundeslandes begründen oder in sonstiger Weise geeignet sind, die Vereinigung zu beeinträchtigen.

Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die von Landesbezirkspräsident Dr. Unser angedrohte Sperrung sämtlicher einmaliger Ausgaben im nordbadischen Haushalt als eine Maßnahme zu beurteilen ist, die ‚geeignet ist, die Vereinigung (hier von Nord- und Südbaden) zu beeinträchtigen.' Ich würde gegebenenfalls nicht zögern, gegen derartige ungesetzliche Machenschaften mit allen zur Verfügung stehenden Rechtsmitteln aufs schärfste vorzugehen.

Abgesehen davon, wäre das Vorgehen des Herrn Landesbezirkspräsidenten Dr. Unser, falls die Pressenachrichten zutreffen, das Musterbeispiel eines Erpressungsversuches an den nordbadischen Wählern, der als unerhört und als Gipfel eines unfairen Wahlmanövers bezeichnet werden müßte."

Das geplatzte Mannheimer Filmzentrum

Die Zahlen-Jongleure der Stuttgarter Südweststaatregierung überschlagen sich in diesen Tagen in der Aufzählung der Mittel, die aus Württemberg nach Baden fließen, aber immer vorausgesetzt, daß der in Stuttgart erwünschte Südweststaat kommt. Einige Zahlen hat man allerdings vergessen, in den Pressekonferenzen, die jetzt am laufenden Band von Stuttgart abgehalten werden, bekannt zu geben. Da lesen wir in der Zeitschrift „Spiegel" Nr. 45 vom 7. 11. beispielsweise von einer Staatsbürgschaft des Landes Württemberg-Baden an die Ton-Bild-Studio G. m. b. H., Mannheim, vom 12. 10. 1950 in Höhe von 420 000 DM. Diese Staatsbürgschaft wurde von dem „Kleinen Südweststaat", also auch von den Steuergeldern der nordbadischen Bevölkerung gegeben, obwohl überhaupt keine Sicherung vorhanden war. Das Geld scheint genau so verloren zu sein, wie die 8 Millionen Kredite für Bürkle, für die man in dem Untersuchungsausschuß des Landtags das Innenministerium verantwortlich macht. Der verantwortliche Innenminister interessiert sich wenig um die Klärung des Bürkle-Skandals und fliegt auf Monate nach Amerika, denn solche Bagatellen, wie 8 Millionen Kredite, die für das Land verloren sind, regen ihn anscheinend nicht weiter auf.

Für die Staatsbürgschaft für das von den Südweststaatlern erträumte Südwestdeutsche Film-Zentrum ist Regierungsdirektor Herbold verantwortlich, der auch sehr bestürzt gewesen sein soll, daß bei einer Revision, bei der Ton-Bild-Studio im November 1950, die Kredite fast aufgebraucht waren unter Umständen, die nun die Mannheimer Staatsanwaltschaft beschäftigt. Solche Zahlen verschweigen die Herren der Stuttgarter Südweststaatregierung in ihren Pressekonferenzen, aber Nordbadens Bevölkerung interessiert sich gerade in diesen Tagen vor der Abstimmung sehr dafür.

So sieht es hinter den Kulissen im „Kleinen Südweststaat" aus und was wird man erst in dem erträumten Großraum an Dilettantismus der Staatsbürokratie des Südweststaates erleben.

Nordbaden hat mit seinen 5 Jahren „Kleiner Südweststaat" gerade genug und in Nordbaden sehnt man sich in weitesten Kreisen der Bevölkerung endlich danach, unter einer sparsamen Verwaltung im anerkannten und angesehenen „Musterländle" Baden wieder zu leben.

Darum wird ganz Nordbaden, der nordbadische Arbeiter und Unternehmer, der Handwerker und Bauer und der Handel für die Wiederherstellung des alten Landes Baden stimmen; denn in einem Staatsverband Baden werden, das weiß man vom Main bis an den See, die Interessen der badischen Bevölkerung am besten wahrgenommen.

Zahlen zum Nachdenken

Die Umschläge der Häfen Mannheim, Karlsruhe und Heilbronn

Im Neujahrsheft 1951 der „Hansa", Zentralorgan für Schiffahrt, Schiffbau, Hafen, ist unter dem Titel „Häfen und Binnenschiffahrt in Württemberg-Baden" von Verkehrsminister Steinmayer, Stuttgart, ein Artikel erschienen, der es einmal mehr in sich hat, die Höhen und Tiefen des schwäbischen „Gemütes" aufzudecken. Deshalb ist es nicht uninteressant, aus Anlaß der kommenden Volksabstimmung auf diesen Artikel zurückzukommen.

Steinmayer vergleicht die Umschläge der Häfen Mannheim, Karlsruhe und Heilbronn innerhalb des Jahres 1950. Er kommt dabei zu dem Ergebnis, daß der Umschlag von Karlsruhe und Mannheim z. T. nicht unbeträchtlich zugenommen habe. Er will offenbar dem Ahnungslosen glauben machen, daß die Häfen Mannheim und Karlsruhe unter schwäbischer Regie eine gute Entwicklung genommen hätten. Mit keinem Wort erwähnt er die Umschlagsziffern aus der Zeit, als der Schiffsverkehr nicht künstlich nach Heilbronn geleitet war, also etwa aus dem Jahre 1936. Die Vergleichsziffern 1936 und 1950 zeigen aber folgendes Bild:

	1936	1950
Mannheim	5 138 000 t	3 338 000 t
Karlsruhe	2 593 000 t	1 510 000 t
Heilbronn	997 000 t	2 856 000 t (!)

Der Umschlag von Heilbronn ist also 1950 dreimal so groß wie 1936 zu Ungunsten von Mannheim, das 1950 zwei Millionen Tonnen, und von Karlsruhe, das 1950 eine Million Tonnen weniger als 1936 umschlagen konnte. Interessant ist die Feststellung des Herrn Steinmayer, daß 1950 der Kohlenumschlag in Karlsruhe „bedeutend" zugenommen habe. Wenn man die Nachkriegsjahre zugrunde legt, dann hat er allerdings nicht unrecht, denn im Krieg war bereits die entscheidende Wendung zu Gunsten Heilbronns eingetreten, die nach dem Krieg ohne Rücksicht auf Mannheim und Karlsruhe folgerichtig fortgesetzt wurde.

Zieht man aber die Vorkriegsjahre als Vergleich heran, so stellt sich heraus, daß Heilbronn beispielsweise 1949 etwa viermal so viel Kohle umgeschlagen hat wie 1938, daß der Kohlenumschlag von Karlsruhe dagegen 1950 nur mehr ein Drittel der Vorkriegszeit betrug und Mannheim die Einbuße von 1 Million t Kohle zu verzeichnen hatte.

Überraschend ist die Begründung, die Steinmayer für die angeblich zwingend notwendige Vollendung der Neckar-Kanalisierung gibt: er macht hierfür die Erhöhung der Eisenbahntarife geltend. „Schmerzlich" habe man bei der Tariferhöhung das Fehlen einer Wasserstraße empfunden. „Man möchte geradezu annehmen, daß nun die schwäbischen Verlader von der Tariferhöhung betroffen werden! —

Durch diese Tariferhöhung soll bekanntlich der Deutschen Bundesbahn, die sich anerkanntermaßen in einer höchst schwierigen Notlage befindet, geholfen werden. Verkehrsminister Steinmayer möchte — für Württemberg — diese Hilfe offensichtlich gern wieder rückgängig machen. Dieses Argument, man müsse die Tariferhöhung der Bundesbahn durch einen weiteren Ausbau des Neckarkanals wieder ausgleichen, wirkt doch gewiß eigenartig.

Es zeugt von einer Kirchturmpolitik, die, bei allem Verständnis für die Egozentrik — sonst „schwäbische Tüchtigkeit" geheißen — unserer württembergischen Nachbarn, bei einem „Verkehrsminister" doch zur Verwunderung Anlaß gibt. Merken die Gewerbetreibenden und Arbeiter in Nordbaden und insbesondere in Mannheim noch immer nicht wohin der Hase läuft!

Rth.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Hände weg aus Württembergs Taschen

Der Pforzheimer Bevölkerung gehen die Augen auf

Pforzheim ist, das wird wohl niemand ernsthaft bestreiten, im Lande Baden von einer Amtsstadt zu einer Industriestadt von Weltruf geworden. Die staunenswerte Entwicklung zu einer Stadt, die überall draußen in der Welt mit ihrer hochentwickelten Bijouterie-Industrie Ansehen genießt, ist nicht zuletzt außer dem Fleiß und dem unerhörten Arbeitswillen der Bevölkerung, der verständnisvollen Unterstützung der badischen Regierung und Volksvertretung zu verdanken. Das Land Baden hat seit Jahrzehnten der Stadt Pforzheim die Mittel zur Verfügung gestellt, die beispielsweise ausgezeichnete Fachschulen ermöglichten und es ist eigentlich garnicht einzusehen, warum das nach Wiederherstellung von Gesamtbaden anders sein soll.

Das schlechte Echo, das die Stadt Pforzheim mit ihren Wünschen überall bei dem schwäbischen Nachbarn findet, hat der Pforzheimer Bevölkerung die Augen geöffnet. In weitesten Kreisen der Pforzheimer Bevölkerung zweifelt man jetzt die leeren Versprechungen an, die im Falle des Zustandekommens eines Südweststaates Verwirklichung finden sollen. Pforzheim hat, das ist wohl nach den Erfahrungen der letzten Wochen klar, von einem Südweststaat rein garnichts zu erwarten. Der Landrat von Vaihingen, Dr. Kuhnle, hat es am drastischsten ausgedrückt, indem er dem Pforzheimer Oberbürgermeister empört zurief: „Wir wünschen, daß Pforzheim nicht die Hände in unsere Taschen steckt."

Die stiefmütterliche Behandlung von Pforzheim auf dem Gebiete der Verkehrspolitik durch Stuttgart, ist bekannt. Da täuscht auch nicht alle Zukunftsmusik der Südweststaatler darüber hinweg, daß Stuttgart zunächst die Mittel auf allen Gebieten ausschließlich im Lande Württemberg einsetzt. Württembergs Handelskammern haben erst dieser Tage unter Ausschluß der nordbadischen Handelskammern — wie wertvoll wäre ein Beitrag über die Industriestadt Pforzheim gewesen — im Zeichen der geplanten Vereinigung Baden—Württemberg ein Buch herausgegeben über die „Wirtschaft Württembergs". Die württembergischen Handelskammern verfolgen damit ihre eigennützigen Ziele und Nordbaden hat man bei der Zusammenstellung dieses Buches ausgeschlossen, trotzdem man ja im „Kleinen Südweststaat" vereinigt ist.

Wenn man den Oberbürgermeister von Pforzheim, Dr. Brandenburg, reden hört, könnte man meinen, daß nirgends die Liebe zwischen Badenern und Württembergern inniger wäre, als in der badischen Goldstadt und ihrer Umgebung. Man könnte glauben, es herrsche überall hellster Sonnenschein, so eindrucksvoll versteht das der Oberbürgermeister von Pforzheim in seiner frischen rheinischen Art zu schildern.

In Wirklichkeit sieht es aber mit der Zusammenarbeit von Pforzheim mit den lieben schwäbischen Nachbarn sehr schlecht aus. Da wird ein lustiger „Gaskrieg mit den Enztalgemeinden" geführt, bei dem die Schwaben die Stadt Pforzheim wegen ihrer Preiserhöhung beschimpfen und da wird auf eine Denkschrift der Stadt Pforzheim wegen einer vorgeschlagenen Erweiterung des Landkreises Pforzheim in einem Südweststaat von den württembergischen Gemeinden scharf geschossen. Wenn es nämlich ans Geben geht, ist es aus mit der schwäbischen Gemütlichkeit.

„Dr. Kuhnle, der Typ der Schwaben"

Das „BADNERLAND", das als Heimatzeitung für das Land Baden nichts mehr wünscht, als ein friedliches Nebeneinanderleben des badischen und württembergischen Volkes nach Wiederherstellung der alten Länder, hat in Nr. 16 vom 27. Oktober unter der Überschrift „Südweststaat-Ohrfeige für Pforzheims Oberbürgermeister" die grobklotzige Antwort des Landrats von Vaihingen, Dr. Kuhnle, an den Oberbürgermeister Dr. Brandenburg, als eine typische schwäbische Einstellung gegenüber den Nachbarn in das richtige Licht gerückt. Wir haben dabei auch einen Artikel der BNN „Im Wartestand" mit Stellen aus einem offenen Brief von Hermann Weidenbach/Pforzheim an den Landrat von Vaihingen zitiert. Darauf erhielten wir von Herrn Weidenbach, der Südweststaatanhänger ist, ein Schreiben, in dem u. a. folgendes gesagt wird:

„Ich bin mit Ihnen vollkommen einer Ansicht, daß Dr. Kuhnle jener Typ der Schwaben ist, wie er nicht sein soll. Gerade deshalb habe ich in meinem ‚Offenen Brief' geschrieben, denn die ‚Kuhnles' sind Schädlinge in der Verwaltung eines Staates."

Schon einmal hat der Kreisrat von Vaihingen bei Besprechung der Pforzheimer Wünsche auf Ausdehnung des Landbezirkes Pforzheim von „Pforzheimer Großmannssucht" gesprochen; denn von Gebietsabtretungen zugunsten Badens wollen die Württemberger auch in einem etwaigen Südweststaat nichts wissen. Der „Typ der Kuhnle" ist nun einmal im Schwabenland in der Mehrzahl.

Pforzheim erlebt in diesen Wochen, gerade noch rechtzeitig vor der Entscheidung, die über die Zukunft des Landes Baden und damit auch der Stadt Pforzheim so bedeutungsvoll ist, die Wühlarbeit der „Kuhnles". Darüber können auch alle Zusicherungen der Stuttgarter Südweststaatregierung nicht der Stuttgarter „Südweststaatregierung" nicht hinwegtäuschen.

Der „Offene Brief" an den Landrat von Vaihingen

Herr Weidenbach bedauert in seinem Brief an das „BADNERLAND", daß wir seinen „Offenen Brief" nur teilweise zitiert haben und er bittet uns um eine Berichtigung. Herr Weidenbach, Sie sind ein anständiger Südweststaatanhänger, der zweifellos im guten Interesse der Bevölkerung zu handeln glaubt. Ihr „Offener Brief" an den Landrat von Vaihingen sei daher im vollen Wortlaut im „BADNERLAND" abgedruckt, damit Sie die faire Art erkennen, in der von uns aus der Kampf um die Wiederherstellung des Landes Baden geführt werden soll. Der „Offene Brief" ist gleichzeitig ein aufschlußreiches Dokument des Kampfes der Stadt Pforzheim mit seinen schwäbischen Nachbarn, so daß wir diesen Brief fast lückenlos unterschreiben können. Er sei daher nachfolgend abgedruckt:

Sehr geehrter Herr Landrat!

Als Sie mit vielen anderen Gästen der Deutschen Bundesbahn anläßlich der Einweihung der elektrifizierten Bahnstrecke Bietigheim—Mühlacker bei festlichem Mahle im Uhlandbau zu Mühlacker saßen, hielten Sie eine Tischrede, in der Sie u. a. sagten, das Gesicht des Kreises Vaihingen habe sich eindeutig nach Stuttgart gewendet, dort sei auch das Tor zu Ihrem Kreis, und Sie forderten weiterhin Pforzheim auf, seine Hände nicht in Vaihinger Taschen zu stecken!

Über Benehmen bei Tisch Sie zu belehren, fühle ich mich nicht berufen, zumal Ihnen beim erwähnten Weihefest Herr Oberbürgermeister Dr. Brandenburg gezeigt hat, wie man in Tischreden auch bei Berührung sehr ernster Probleme selbstverständliche Höflichkeitsformen wahren kann. Doch zur Sache selbst gestatte ich mir als Bürger der Stadt Pforzheim, Ihnen — ebenso öffentlich wie Sie gesprochen haben — einige Gedanken zu unterbreiten.

Zunächst möchte ich Ihnen grundsätzlich sagen, daß sich Pforzheim in wenigen Jahrzehnten von der fast bedeutungslosen Amtsstadt zu einer Industriestadt von Weltruf emporgearbeitet hat, ohne daß dabei die Pforzheimer ihre Hände in fremde Taschen steckten! Was Pforzheim bis zu seiner Zerstörung war, wurde es einzig durch die Fähigkeiten seiner Bürger, gestützt auch auf die hervorragenden Arbeitsleistungen der Zuwanderer und Einpendler aus der badischen und württembergischen Umgebung. Diese Entwicklung vgn der Kleinstadt bis nahe an die Großstadtgrenze hatte Pforzheim, obwohl es in einem toten Winkel Badens lag (und ja auch heute noch liegt!), obwohl es auf Grund dieser Lage im Schatten Karlsruhes noch nicht einmal Behörden mittlerer Instanz erhielt, obwohl es verkehrsmäßig auf badische und württembergische Abstellgleise geschoben wurde! Aber für die gesamte Umgebung Pforzheims war es kennzeichnend, daß sie gerne wirtschaftlich am Aufschwung der Goldstadt teilnahm und auch die Landbevölkerung einen Wohlstand erreichen konnte, der nicht in der Nähe aller Industriestädte zu finden war.

Das Pforzheimer Geld schätzen die Schwaben

Der Verdienst von 18 000 Pendlern floß zu erheblichem Teil in Pforzheims Nachbarschaft, auch in die „Taschen des Kreises Vaihingen"! Und wenn die Pforzheimer nach Feierabend und sonntags „aufs Land" hinausgingen, dann wurde ihr gutes Geld dort hochgeschätzt — auch im Kreis Vaihingen! Schließlich darf ich Sie aber noch darauf hinweisen, daß der nur aus ländereigoistischen Krähwinkel-Gesichtspunkten entstandene Zufallsbahnhof Mühlacker in der Hauptsache seine Verkehrsfrequenz durch den Übergangsverkehr mit Pforzheim, Karlsruhe und den Nordostschwarzwald erhält. Denken Sie bitte daran, daß Sie überhaupt nur dieser Tatsache die Schnellzugshalte in Ihrem Kreis zu verdanken haben! Trotz all dieser Gegebenheiten kam bis heute nie ein Repräsentant Pforzheims auf den kühnen Gedanken, unsere Nachbarn zu bitten, etwa die Hände aus Pforzheims Taschen zu lassen!

Nun, Herr Landrat, wir hörten in Pforzheim schon vor längerer Zeit, daß Sie über den Inhalt der „Denkschrift der Stadt Pforzheim" verärgert sind. Diesem Ärger entsprang offenbar Ihre Tischrede. Gewiß, die Denkschrift enthält Dinge, über die man im Landratsamt Vaihingen nicht gerne sprechen möchte, denn der heutige Kreis Vaihingen ist — ähnlich dem Kreis Calw — ein recht unglückliches Ergebnis, Ergebnis der „kleinen Reichsreform" des Jahres 1938, welche zum Teil jeder wirtschaftlichen Vernunft widersprechende Kreisgebilde schuf, nur weil die Gauleiter keinen Quadratmeter ihres „Hoheitsgebietes" dem Nachbargau zu überlassen bereit waren. Wenn ich an diese nicht zu leugnenden Tatsachen erinnere, so nur, weil Ihnen offenbar das Gefühl dafür fehlt, wie sehr das Landratsamt Vaihingen — sicher ungewollt — den Charakter eines Nutznießers des Dritten Reiches erhalten hat. Wenn nun gerade die von jeher vom Staat vernachlässigte Stadt Pforzheim im Rahmen des ihr durch den Krieg aufgezwungenen Lebenskampfes in einer Denkschrift die Diskussion über die Neuordnung ihres „natürlichen Lebensraumes" eröffnete, so muß die Bürgerschaft Pforzheims verlangen, daß ihre Gegner zumindest sachlich antworten und anständige Unterhaltungsformen wählen.

Sehr geehrter Herr Landrat! Im Jahre 1945 glaubten viele, sogar auch viele Pforzheimer, die Goldstadt an der Pforte zum Schwarzwald sei tot. So kam es, daß aus Mangel an Arbeitstätten tausende Bewohner Ihres Kreises nach Osten wanderten, dort Arbeit suchten und fanden. Zahlreiche Pforzheimer Fabriken wurden — glücklicherweise zum Teil schon während des Krieges — in die Umgebung verlagert, andere begannen nach dem Kriege ihren Wiederaufbau in der Umgebung ihrer Heimatstadt, weil hier noch alle Voraussetzungen zum Wiederaufbau fehlten. Und einige Fabriken kamen durch diese Umstände auch in Ihren Kreis. Diese neuen Gegebenheiten veränderten die Pendelbewegungen gegenüber der Vorkriegszeit zu Ungunsten von Pforzheim. Es war aber nicht das Verdienst des Kreises Vaihingen, daß dieser sein Gesicht nach Stuttgart wandte, sondern einzig und allein die Zerstörer Pforzheims hatten die wirtschaftliche Struktur gewandelt. „Wer den Schaden hat, braucht für den Spott nicht zu sorgen" — dieses Sprichwort kam mir in den Sinn, als ich Ihre Rede las!!

Was Sie übrigens bezüglich des nach Osten gerichteten Gesichtes sagten, trifft höchstens für den „Altkreis Vaihingen", nicht aber für den einverleibten „Altkreis Maulbronn" zu. Wenn man von diesem heute z. T. noch nach Osten zur Arbeit geht, dann wird sich dies im selben Maße ändern, wie in Pforzheim wieder neue Arbeitsstätten entstehen. Sie werden es erleben müssen, daß man sich von Maulbronn bis hinunter nach Illingen und hinüber nach Friolzheim bald sehr überlegen wird, ob man nicht lieber wieder den kürzeren Weg zur Arbeit nach Pforzheim dem nach Ludwigsburg oder Stuttgart vorziehen möchte. Dann werden Sie sehen, wie der Kreis Vaihingen in Wirklichkeit zwei Gesichter hat, eins das — mit Ihnen — nach Stuttgart blickt und ein zweites, das — trotz „Gaskrieg" — freudig nach Pforzheim, dem ganz natürlichen Mittelpunkt und wirtschaftlichen Schwerpunkt des Enzgaues, schauen wird!

Der Aufbauwille von Pforzheim

Sie werden vielleicht meinen Ausführungen besseres Verständnis entgegenbringen können, wenn Sie heute einmal Pforzheim besuchen. Zwar werden Sie — falls Sie den Dienstwagen nicht vorziehen wollen — den Ihnen ungewohnt gewordenen Dampfzug von Mühlacker aus benutzen müssen, aber die Reise würde Ihnen so wertvolle Eindrücke vom Aufbauwillen einer totgesagten Stadt vermitteln, daß Sie die kleine Unbequemlichkeit bald vergessen haben würden. Sie werden sehen, daß der Wiederaufbau „Schlag auf Schlag" geht, wie in diesen Tagen eine Zeitung schrieb. Warten Sie aber noch einige Tage mit Ihrer Reise, damit Sie gleich die wiedereröffnete „Ständige Schmuck- und Uhren-Ausstellung" besuchen und sich überzeugen können, was Pforzheim heute wieder zu leisten vermag. Sie werden dort dann vielleicht Gelegenheit haben, sich mit einigen ausländischen Besuchern zu unterhalten, deren Glaube an Pforzheim trotz allen Unglücks noch ungebrochen und beispielhaft ist für manche Skeptiker unter unseren eigenen Landsleuten.

Jedenfalls, sehr geehrter Herr Landrat, werden Sie von einem Besuch in Pforzheim die Überzeugung mit nach Hause nehmen, daß Pforzheim doch Zukunft hat und es für seine Umgebung anständiger und ehrenvoller wäre, den Wiederaufbau dieser Stadt zu fördern, statt durch unangebrachte Seitenhiebe zu erschweren. Daß Pforzheim sich allerdings in Zukunft nicht mehr mit der verwaltungsmäßigen Stellung, in welche es durch dynastische Interessen hinabgeschoben wurde, begnügen wird, kann Sie nicht mehr wundern, wenn Sie sich einmal die Mühe machen, die Dinge nicht nur aus der Perspektive Ihres Vaihinger Amtssessels zu sehen, sondern einmal die verwaltungsmäßigen Beziehungen zu untersuchen, welche anderen Städten, wie z. B. Heidelberg, Heilbronn, Konstanz usw. zu den sie umgebenden Gebieten zugestanden wurden. Nach einem solchen Vergleich mit der Lage Pforzheims wird sich Ihr Ärger — so hoffe ich — vielleicht in wohlwollendes Verständnis für die Wünsche Pforzheims wandeln. Unabhängig davon aber darf ich Ihnen als guter Kenner meiner Pforzheimer Mitbürger die Versicherung geben, daß die Pforzheimer ihre Hände künftig so wenig wie früher in Nachbars Taschen stecken werden, denn sie brauchen sie zum Arbeiten — auch zum Nutzen des Kreises Vaihingen!

Hochachtungsvoll

gez. Hermann Weidenbach

Pforzheims Vorteile in Baden

Wer die Sorgen der Pforzheimer Bevölkerung, wie sie in diesem „Offenen Brief" dargelegt sind, aufmerksam liest, der wird sich wohl darüber im Klaren sein, daß eine Zusammenarbeit mit den schwäbischen Nachbarn für Pforzheim schier unmöglich ist. Wer es ehrlich und aufrichtig mit der Zukunft der Stadt Pforzheim meint und die Vorteile der Stadt in einem badischen Staat, wie er sich aus der Geschichte Pforzheims in dem letzten Jahrhundert deutlich zeigt, einfach aus der Stadtgeschichte streichen will, der entscheidet sich am 9. Dezember für die Wiederherstellung des alten Landes Baden. Die Verantwortung gerade der Pforzheimer Bevölkerung in diesem Entscheidungskampf ist riesengroß, denn der Typ „Kuhnle" wird im Falle einer anderen Entscheidung der Pforzheimer Bevölkerung wenig Freude bereiten.

Die Stadt Pforzheim wird im wiederhergestellten Lande Baden Sitz eines Landeskommissariats. Schon heute kann man der Pforzheimer Bevölkerung versichern, daß die Industriestadt, in einem wiederhergestellten Land Baden jene Aufmerksamkeit und Unterstützung findet, die Pforzheim seiner Bedeutung als Handels- und Industriestadt zukommt.

Darum rufen wir der Bevölkerung des Stadt- und Landkreises zu: „Haltet der badischen Heimat die Treue und stimmt am 9. Dezember für Baden, wie es Eure Väter von jeher getan haben."

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Kehl – von Stuttgart her gesehen

Die Wiedereingliederung von Stadt und Hafen Kehl in das deutsche Hoheitsgebiet, die allein der badischen Regierung in Freiburg zu danken ist, hat die Gemüter in Stuttgart stark in Wallung gebracht. Nicht als ob man sich dort über den Erfolg der deutschen Sache besonders gefreut hätte. Man betrachtet dort die Wiedergewinnung Kehls — in völliger Verkennung der nationalen Interessen — nur unter dem sturen und kleinen Gesichtspunkt der bevorstehenden Volksabstimmung über die Südweststaatfrage. Man findet dort offenbar, daß die auch von der Bundesregierung anerkannte nationale Tat des südbadischen Staatspräsidenten das südweststaatlerische Propagandakonzert gründlich verdorben habe.

Was muß also geschehen, um den lahmgewordenen Propagandagaul wieder aufzuputschen? Man muß einmal die Rückgewinnung Kehls als völlig bedeutungslos hinstellen. Zum anderen muß man so tun, als wäre Kehl auch ohne den mutigen und zähen Kampf der badischen Regierung wieder an Deutschland zurückgefallen. Und schließlich muß man so tun, als ob die badische Regierung in Freiburg nicht das Bestmögliche für die deutsche Sache herausgeholt hätte. Auf diesen Generalnenner sind die Stuttgarter „Gegenmaßnahmen" zu bringen. Besonders der als „Spätzlesender" in Baden unrühmlich bekannte Stuttgarter Rundfunk hat sich hierbei geradezu überschlagen.

Wir halten es für unwürdig, uns mit diesem erbärmlichen und sinnlosen Propagandageschwätz aus dem Südweststaatlager auseinanderzusetzen. Wir stellen folgendes fest:

1. Kehl ist uns Badenern keine bedeutungslose Angelegenheit; wir sehen in dieser Stadt am Oberrhein ein Stück unserer Heimat, das uns genau so lieb ist, wie Heidelberg oder Pforzheim oder Konstanz.



Der badische Torero: „Hab' net gedacht, mein gelb-rot-gelbes Tuch wirkt noch besser als das rote!"

2. Lange bevor es in Stuttgart oder in Bonn eine „Kehler Frage" gegeben hat, war uns Badnern die Wiedergewinnung Kehls eine ernste Sorge und ein Anliegen des Herzens.
3. Für den Wiederaufbau dieser Stadt, für den die badische Staatsregierung in Freiburg als Anfang bereits rund 10 Mill. DM aufgebracht hat, verbürgt sich das ganze badische Volk.

Es bleiben nur noch einige wenige Fragen offen: Was ist Kehl schon der Stuttgarter Südweststaatregierung? Und was hat sie für die Rückgewinnung der Stadt Kehl und ihren Aufbau bisher getan? Gedenkt die Stuttgarter Regierung auch der Stadt Kehl Versprechungen über Versprechungen zu machen, die so wenig verwirklicht werden wie etwa die goldenen Berge, die man schon seit langem dem Frankenland zugesichert hat?

Sie bleiben unter sich

Was sagen die nordbadischen Handelskammern dazu?

In der „Baden-Badener Volkszeitung" vom Samstag, 13. Oktober, lesen wir:

„Der Zufall hat uns von einem schönen, prachtvoll ausgestatteten Buche Kenntnis gegeben. Es ist ein durch und durch württembergisches Buch, das in bester Aufmachung so ziemlich auf alles hinweist, was gut schwäbisch ist und den Ruhm Württembergs ausmacht. Das Buch ist in einem Stuttgarter Verlag erschienen und dürfte weniger für die Verbreitung, sondern mehr als interner Geschenkband gedacht sein, wobei intern gleichbedeutend ist mit innerhalb der Wirtschaft. Denn das Buch befaßt sich in der besonderen Weise einer vornehmen Propaganda mit der Wirtschaft Württembergs. (‚Württemberg-Buch der Wirtschaft', herausgegeben von den nord- und südwürttembergischen Handelskammern).

Württembergs —? Fragt man sich mit Recht. Es gibt doch weder einen Staat, noch ein Land Württemberg. Es gibt Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern, auf welche offizielle Bezeichnung doch gewiß bei so offiziellem Anlaß Wert zu legen gewesen wäre. Zu Württemberg-Baden gehört bekanntlich auch Nordbaden als staatlich fest einverleibter Landesbezirk. Aber — von Nordbaden, seiner Industrie und Wirtschaft enthält das Buch kein Sterbenswort, geschweige denn ein Bild, obschon die nordbadische Wirtschaft ganz eindrucksvolle Bilder für diese Werbung hätte zur Verfügung stellen können.

Werbung — ja, da liegt's! Bei einer so großzügigen, wirkungsvollen und repräsentativen Werbung, da bleibt man drüben gerne unter sich. Bei solcher Gelegenheit wird gerne auf das badische (nordbadische) Anhängsel verzichtet und alles Licht auf das liebe, alte Land Württemberg ausschließlich konzentriert. Da sprechen in beredten Vorworten der Stuttgarter Ministerpräsident und der südwürttembergische Staatspräsident zu ‚ihren' Leuten und vor allem zu ‚ihren' Geschäftsfreunden, um diese für die Wirtschaft der altwürttembergischen Einheit zu interessieren. Da dürfen die ‚einverleibten' Badener nicht mit von der Partie sein, denn: Geschäft ist Geschäft und Konkurrenz bleibt Konkurrenz! Bei anderen Gelegenheiten, so z. B. auch vor dem Bundesverfassungsgericht, greift man in die Leier, um die untrennbare Einheit von Nordbaden und Nordwürttemberg im ‚kleinen Südweststaat', im Lande Württemberg-Baden, zu preisen. Wo es jedoch um die wirtschaftliche Propaganda geht, da weiß man in Stuttgart von der, namentlich wirtschaftlichen, organischen Einheit nichts mehr, da gibt es nur das alte Württemberg bewährter geschäftlicher Gemeinsamkeit. Die ‚badische Kolonie' mag selber für sich werben.

Im ganzen: zu den vielen Beispielen ein neues, aus dem die badische Wirtschaft ihre Lehre und Nutzanwendung ziehen sollte."

Dieser Meinung der „Baden-Badener Volkszeitung" haben wir nichts hinzuzufügen, es wäre nur einmal interessant, was Herr Dr. Gerard, der Syndikus der Industrie- und Handelskammer Karlsruhe, dazu zu sagen hat, der ein so eifriger Verfechter des Südweststaatgedankens ist. Es wäre interessant zu erfahren, ob dieses Buch der württembergischen Handelskammern womöglich noch mit den Geldern der nordbadischen Handelskammern herausgegeben worden ist, die ja in einer Organisation im „Kleinen Südweststaat" zusammengeschlossen sind.

Wir zahlen den eigenen Strick und Metz kassiert

Das Wirtschaftsministerium in Stuttgart (Dr. Veit) lebt nur noch in Propaganda für den Südweststaat. Als verlockendes Ziel winkt die völlige Durchdringung des nordbadischen Wirtschaftsraumes und die restlose Beherrschung des badischen Marktes durch Stuttgart. Jedes Mittel ist recht. Es genügt nicht, den Nordbadenern vorzumachen, daß sie verhungern werden, wenn sie Württemberg nicht haben, auch die „Wissenschaft" muß in den Dienst der „guten Sache" gestellt werden. Der „letzte Ritter" hat nicht umsonst die Feder gespitzt, und jede Arbeit ist ihres Lohnes wert. Die guten Schwaben ließen sich daher nicht lumpen und bezahlten was sie schuldig waren. „Hony soit, qui mal y pense."

In einem lieben, kleinen Erläßchen unseres teuren Finanzministers Frank steht es für die zu lesen, denen die Augen verbunden sind und die nicht sehen wollen, wohin die Reise geht! Der Erlaß lautet:

Finanzministerium
Württ.-Baden
I B 19 — 2986

Stuttgart, den 30. 3. 1951

An das Wirtschaftsministerium

Auf das Schr. v. 11. 3. 1951 Az. 1132/60 (Ste/Mr.)

Betr.: Veröffentlichung der Schrift „Ländergrenzen im Südwesten".

Das Finanzministerium ist bereit, aus dem Allgemeinen Verfügungsbetrag des Landesbezirks Württemberg den Betrag von 2400 DM für die Abnahme von 300 Expl. der in Vorbereitung befindlichen Veröffentlichung des Amtes für Landeskunde in Landshut/Bayern „Ländergrenzen im Südwesten" von Prof. Friedrich Metz bereitzustellen. Die Landesbezirksdirektion der Finanzen wurde gebeten, den Restbetrag von 1600 DM für 200 Exemplare auf den Allgemeinen Verfügungsbetrag des Landesbezirks Baden zu übernehmen.
Das Finanzministerium bittet, ihm seinerzeit die mit Feststellungsvermerken versehene Rechnung des Amtes für Landeskunde zusammen mit einer Verteilungsliste und mit zwei Exemplaren der Veröffentlichung zu übergeben.

gez. Dr. Frank, Finanzminister

Also: Veit und Frank, Hand in Hand, beide gegen's Badnerland. Die Hauptsache ist, man läßt das badische Volk seinen eigenen Strick zahlen und der gebürtige Karlsruher Metz kassiert.

Mosbacher, paßt auf!

In Mosbach soll es noch immer einige Gewerbetreibende geben, die im Südweststaat der Weisheit letzten Schluß erblicken. Wir haben erst dieser Tage wieder davon gehört.

Man stelle sich vor: In der südweststaatfanatischen „Rhein-Neckar-Zeitung", nordbadische Ausgabe, Nr. 258 und 259, erscheinen großformatige, wirkungsvolle Reklametexte Heilbronner Firmen. Entsprechende Werbeplakate befinden sich innerhalb Mosbachs genügend zahlreich. Acht fahrplanmäßige Omnibuslinien verkehren täglich von Mosbach nach Heilbronn und zurück. Jeder Omnibus hat einen Anhängerwagen. Jeder Mosbacher ist also aufgefordert, seine Einkäufe in dem benachbarten württembergischen Handelszentrum zu tätigen. Die Bundesbahndirektion Stuttgart gibt sich die größte Mühe, die Bestrebungen der geschäftstüchtigen nordwürttembergischen Firmen zur Durchdringung des nordbadischen Raumes tatkräftig zu unterstützen.

Die Heilbronner haben allen Grund, Südweststaat zu wählen! Wie lange dauert es aber, bis es in Mosbach endlich dämmert, wohin es gehört. Hoffentlich noch bevor es zu spät ist, denn:

Nur die allergrößten Klötze ...

Die Veit-Rede

hat dem Letzten die Augen geöffnet, wohin die Reise geht und welche schicksalhafte Entscheidung am 9. Dezember endgültig fällt. Die reichlichen Spenden, die eingehen, beweisen, daß das badische Volk den Ernst der Stunde begriffen hat. Herzlichen Dank allen bisherigen Spendern! Wir bitten dringend jeden Badener, jeden badischen Gewerbetreibenden und jede badische Unternehmung, von sich aus eine Spende zu geben, damit wir den Kampf zum siegreichen Ende führen können. Die finanziellen Mittel des Gegners sind gewaltig. Je Belegschaftsmitglied führen die Südweststaat-Unternehmer 1.— DM an einen Kampffonds gegen Baden und die badische Wirtschaft ab! Badener, wartet nicht, bis es zu spät ist! Dann habt ihr an 5 Pfennig lang, wie der Volksmund sagt!

Die Südbadener spenden an die Arbeitsgemeinschaft der Badener, Freiburg, Postscheckkonto 7373 Freiburg. Die Nordbadener spenden an den Landesverband der Arbeitsgemeinschaften der Badener in Karlsruhe, Postscheckkonto Karlsruhe 35186.

Schwäbische „Un-Kunde"!

Aus badischen Fremdenverkehrskreisen erhalten wir davon Kenntnis, daß die Schwarzwaldlinie Freudenstadt—Baden-Baden, die von der Bundespost durchgeführt wird, gefährdet ist. Nun will aber — man höre und staune — das südwürttembergische Innenministerium den Weiterbetrieb dieser Linie auf der württembergischen Seite nur gestatten, wenn man dafür einem schwäbischen Privatunternehmer die Linie Freudenstadt—Rippoldsau—Freiburg überläßt. Ist das nicht ein Kuhhandel, wie man ihn eben nur von einer schwäbischen Behörde erwarten kann?

Wenn jemand aber glaubt, daß der zuständige Herr im Tübinger Ministerium nur drohen und es im Ernst auf eine Betriebseinstellung bei der Strecke Freudenstadt—Baden-Baden nicht ankommen lassen würde, so irrt man sich gewaltig. Bekanntlich befährt die Bundespost z. Z. auch die Strecke Rippoldsau—Freiburg. Von Rippoldsau bis Freudenstadt ist es nur ein Katzensprung; warum fährt aber die Bundespost, die ja nicht etwa eine badische Post ist, nicht bis Freudenstadt durch? Weil es Württemberg nicht zuläßt!

Wenngleich Bundespost, so kommen doch die Wagen und dazu die Schoffore aus dem Badischen, und das ist den Leuten, die sonst angeblich doch so sehr dem badischen Wirtschaftsleben aufhelfen wollen, unerträglich. Im Grunde genommen handelt es sich hier um einen Schildbürgerstreich, der doch allen südweststaatlich infizierten Leuten im Badischen zu denken geben müßte. In Fremdenverkehrskreisen, wo man auch ohne Südweststaat schon seit langer Zeit im ganzen Schwarzwald, ob württembergisch oder badisch, zusammenarbeitet, findet man für eine solche Engstirnigkeit jedenfalls kein Verständnis.

Herausgeber: Landesverband der Arbeitsgemeinschaft der Badener e. V., Karlsruhe, Kaiserstr. 54, Telefon 8448.
Verantwortlich für den Inhalt:
Dr. Friedrich Werber, Karlsruhe.
Druck: G. Braun G. m. b. H., Karlsruhe.